

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europausschuss

46. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. Mai 2003, 13:10 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Gisela Böhrk (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Thorsten Geißler (CDU)

Uwe Greve (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Gespräch mit Abgeordneten der Kaliningrader Gebietsduma

- Herr Konstantin Poljakow, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Sozialpolitik und Gesundheitswesen
- Herr Valeri Selesnjow, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Sicherheit und Staatsordnung, internationale und interregionale Beziehungen
- Frau Tatjana Lukischewa, Leiterin der Verwaltung der Gebietsduma

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 13:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Gespräch mit Abgeordneten der Kaliningrader Gebietsduma

Die Abgeordneten Konstantin Poljakow und Valeri Selesnjow sowie die Leiterin der Verwaltung der Kaliningrader Gebietsduma Tatjana Lukischewa, stellen sich kurz dem Ausschuss vor und bedanken sich für die Einladung des Ausschusses.

Im Mittelpunkt des anschließenden Gesprächs zwischen den Abgeordneten der beiden Parlamente steht in erster Linie das Transitproblem Kaliningrads im Hinblick auf die Aufnahme Litauens in die Europäische Union. Abgeordneter Poljakow berichtet, Inhalt einer bisher nur mündlichen Vereinbarung sei, dass es in Zukunft, ab dem 1. Juli 2003, so genannte vorläufige Dokumente geben werde, die den Bürgern der russischen Föderation ausgehändigt werden und für die Dauer von drei Jahren für den Autoverkehr und den Bahnverkehr gültig sein sollten. Für dieses Dokument werde eine Gebühr in Höhe von fünf Euro erhoben. Voraussetzung für die Aushändigung sei weiter, dass die Bürger einen umfassenden Fragebogen ausfüllten. Er betont noch einmal, dass es sich hierbei zunächst nur um eine mündliche Absprache handle; zurzeit würden weitere Verhandlungen geführt, wie diese Lösung in die Praxis umgesetzt werden könne.

Abgeordneter Selesnjow macht deutlich, dass man im Augenblick nur über das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und der russischen Föderation insgesamt sprechen könne, nicht über das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und dem Gebiet Kaliningrad. Sein Kollege und er selbst könnten jedoch versuchen, den Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages die Sorgen der Bevölkerung Kaliningrads zu schildern. Dabei sei das Transitproblem sei nur eines von vielen und stelle sozusagen die Spitze eines Eisberges dar.

Er berichtet weiter, Präsident Putin habe einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung der Grenzen zwischen der russischen Föderation und Litauen vorgelegt, der zurzeit in der Staatsduma der russischen Föderation beraten werden. Die Kollegen der russischen Staatsduma hätten diesen Vorschlag nun auch an die Kaliningrader Gebietsduma weitergeleitet und darum gebeten, diesen zu bewerten und eigene Vorschläge zu machen. Im Zusammenhang mit der Grenze zu

Litauen gebe eine Menge strittiger Fragen. Eine sei zum Beispiel der Vorschlag Litauens, als Grenze den Fluss Nehmen festzulegen. Das hätte zur Folge - so erklärt Abgeordneter Selesnjow -, dass Schiffe, die im Hafen anlegen wollten, mit ihrem vorderen Teil die Territoriumsgrenze überqueren müssten. Und das sei nur eines von vielen Problemen, die mit dem Beitritt Litauens zur Europäischen Union zusammenhängen.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Kötschau zum Transitverkehr zwischen Kaliningrad und Weißrussland erklärt Abgeordneter Poljakow, zwischen Russland und Weißrussland bestehe ein visafreier Verkehr, deshalb gebe es in dieser Hinsicht auch keine Probleme beim Transit zwischen Kaliningrad und Weißrussland.

Abg. Matthiessen möchte wissen, ob mit dem eben geschilderten Verfahren eine zufrieden stellende Lösung aus der Sicht der Abgeordneten der Kaliningrader Gebietsduma erreicht werden könne. Abgeordneter Poljakow antwortet, zurzeit beschäftige sich der Russisch-Litauische-Rat mit dieser Frage. Außerdem arbeite man unmittelbar mit dem Auswärtigen Amt in Russland und Litauen sowie der Europäischen Union zusammen. Insgesamt sei festzustellen, dass das Interesse aller beteiligten Seiten, eine Lösung zu finden, sehr groß sei. Deswegen gebe es die Hoffnung, dass dieses Problem in naher Zukunft und für alle Seiten zufrieden stellend gelöst werden könne.

Abg. Matthiessen bringt seine Hoffnung darüber zum Ausdruck, dass man in 15 oder 20 Jahren die heutigen Probleme nur noch belächeln werde, weil sie schon lange gelöst seien. Abgeordneter Selesnjow stimmt ihm hierin zu, erklärt aber auch, dass diese Perspektive nur für die jüngere Generation ein Trost sein könne. Auch er gehe davon aus, dass Russland eines Tages Mitglied der Europäischen Union sein werde und man sich dann vielleicht über ganz andere Grenzen Gedanken machen werde. Sorgen müsse man sich jedoch über die Menschen machen, vor allen Dingen Rentner, die zurzeit keine Möglichkeit hätten, die anfallende Gebühr für ein Visum zu zahlen, um ihre Verwandten im anderen Teil der russischen Föderation besuchen zu können.

Auf eine Frage von Abg. Höfs zur Gesundheitsvorsorge berichtet Abgeordneter Poljakow, dieses Gebiet sei sehr komplex und umfangreich, kurz zusammengefasst könne man jedoch sagen, in der russischen Föderation beschäftige man sich zurzeit in erster Linie mit der Gesundheitsreform, die das Ziel habe, die Betten in den Krankenhäusern zu reduzieren, um mit den eingesparten Mitteln die Finanzierung anderer Behandlungseinrichtungen erhöhen zu können. Das bedeute für Kaliningrad, dass die bisher 13 000 zur Verfügung stehenden Betten auf nur noch 9 000 Betten reduziert worden seien. Die Gesundheitsreform habe zu vielen Problemen geführt, vor allen Dingen zu einem rapiden Absinken der Gehälter der Angestell-

ten des Gesundheitssektors. Es sei für die Krankenhäuser sehr schwer geworden in ausreichender Zahl Personal einzustellen, da viele nicht bereit seien, für diesen niedrigen Lohn als Krankenschwester oder Pflegekraft zu arbeiten.

Abschließend berichtet Abg. Fischer über das vom Europaausschuss durchgeführte „Interkulturelle Training“. Er weist darauf hin, dass eine Wiederholung dieser Veranstaltung im nächsten Jahr geplant sei, voraussichtlich in der Woiwodschaft Pommern, und erklärt, der Europaausschuss würde sich freuen, wenn daran dann neben den Vertretern aus Dänemark, Polen und Schweden auch Vertreter der Gebietsduma aus Kaliningrad teilnehmen könnten.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 14:00 Uhr.

gez. Rolf Fischer
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin